

Antrag: Der 4. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland möge beschließen:

**Die Alternative für Deutschland fordert in Bezug auf
Gender Mainstreaming / Gender Diversity (Gender-Ideologie)
für Deutschland was folgt.**

1. Die Gender-Ideologie als durchgängiges politisches Leit- und Handlungsprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe ist politisch, rechtlich und massenmedial in allen öffentlich- und privatrechtlichen Institutionen vollumfänglich zu beenden, wobei sich diese politische Gesamtforderung im Einzelnen wie folgt zusammensetzt:
 - a. Die **Alternative für Deutschland** hält die politisch-bürokratische „Abschaffung“ der Unterschiede zwischen Männern und Frauen für objektiv unmöglich und deshalb für reine Steuergeldverschwendung.
 - b. Die **Alternative für Deutschland** hält die politisch-bürokratische Abschaffung der Vollzeit-Mütter für unvereinbar mit den staatsvolkerhaltenden und volkswirtschaftlichen Interessen der Deutschen.
 - c. Die **Alternative für Deutschland** lehnt es ab, daß alle Frauen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen und fordert deshalb die unverzügliche Beendigung aller Versuche, Frauen bzw. Ehepaare in dieser Frage zu bevormunden.
 - d. Die **Alternative für Deutschland** hält die politisch-bürokratische und rechtliche Förderung bzw. die aktive massenmediale Werbung für Empfängnisverhütung, Abtreibung und homosexuelles Verhalten für unvereinbar mit den vitalen Interessen der Deutschen.
 - e. Die **Alternative für Deutschland** hält einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der „zu sexuellem Experimentieren ermutigen soll“, für einen sittenwidrigen Eingriff in die Kinderseelen und für eine schwere Störung der natürlichen physisch-psychischen Entwicklung junger Menschen.
 - f. Die **Alternative für Deutschland** lehnt die politisch-bürokratische und rechtliche Aushöhlung bzw. die tendenzielle Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder als unvereinbar mit dem Subsidiaritätsprinzip einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.
 - g. Die **Alternative für Deutschland** lehnt geschlechtsbezogene Quotenregelungen für bestimmte bzw. für alle Arbeits- und Lebensbereiche, aber auch jede Form der Quotierung nach anderen unveränderlichen soziodemographischen Merkmalen als naturrechts-, freiheits- und wettbewerbswidrig ab.
 - h. Die **Alternative für Deutschland** weiß, daß die Gender-Ideologie mit den Glaubenswahrheiten aller monotheistischen Weltreligionen gänzlich unvereinbar ist und wendet sich deshalb zur Wahrung der Religionsfreiheit gegen alle Versuche der Gender-Lobby, die Weltreligionen der Lächerlichkeit preiszugeben.
2. Die **Alternative für Deutschland** fordert die ersatzlose Rücknahme aller Gesetze und Vorschriften im Sinne der Gender-Ideologie, wie – mindestens – zum Beispiel
 - Bundesgleichstellungsgesetz (BGleIG)
 - Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
 - §4 Landeshochschulgesetz Baden-Württemberg u.v.m.sowie die unverzügliche Einstellung sämtlicher einschlägiger Gesetzgebungsvorhaben.
3. Die **Alternative für Deutschland** fordert durch Entzug sämtlicher Steuer- und Fördermittel
 - die Streichung aller Stellen für sog. „Gleichstellungsbeauftragte“ (früher: „Frauenbeauftragte“)
 - die Schließung aller sog. „Diversity Offices“in allen öffentlich- und privat-rechtlichen Institutionen, sowie:
 - Streichung sog. „Gender Studies“ im Hochschulwesen, sofortiger Ausschreibungsstopp für „Gender“-Professuren und Zuordnung bestehender „Gender“-Lehrstühle zu wissenschaftlichen, anerkannten Lehrfächern.

Begründung: 1. Die Deutschen brauchen wieder mehr eigene Kinder und gesunde Familien.
2. Die Gender-Ideologie ist grundgesetzwidrig in Bezug auf die Artikel 1 bis 6 GG.